

Protokoll:	Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrifts-Nr	295/HH 22
		TOP:	
	Verhandlung	Drucksache:	1409/2011
		GZ:	AK 0579/5

Sitzungstermin:	15.12.2011
Sitzungsart:	öffentlich
Vorsitz:	OB Dr. Schuster
Berichterstattung:	BM Wölfle
Protokollführung:	Frau Gallmeister
Betreff:	Stellenplan 2012/2013

Beratungsunterlage ist die dieser Niederschrift angeheftete Mitteilungsvorlage des ,Referats Allgemeine Verwaltung und Krankenhäuser vom 14.12.2011, GRDRs 1409/2011.

Folgende vom Gemeinderat zu beschließenden Vorlagen sind diesem Tagesordnungspunkt zugeordnet:

- GRDRs 766/2011 Schaffung von 4,5 Stellen und Veränderung von Stellenvermerken an 2,0 Stellen im Geschäftskreis des Oberbürgermeisters
- GRDRs 767/2011 Schaffung von 15,15 Stellen und Veränderung von Stellenvermerken an 3,13 Stellen im Geschäftskreis I - Referat Allgemeine Verwaltung und Krankenhäuser
- GRDRs 769/2011 Schaffung von 11,0 Stellen und Veränderung von Stellenvermerken an 1,0 Stellen im Geschäftskreis II - Referat Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungen
- GRDRs 770/2011 m. Erg. Schaffung von 30,5 Stellen und Veränderung von Stellenvermerken an 3,89 Stellen im Geschäftskreis III - Rechtsreferat und Referat Sicherheit und Ordnung
- GRDRs 771/2011 m. Erg. Schaffung von 35,76 Stellen und Veränderung von Stellenvermerken an 9,1 Stellen im Geschäftskreis IV - Referat Kultur, Bildung und Sport
- GRDRs 772/2011 m. Erg. Schaffung von 19,2228 Stellen und Änderung von Stellenvermerken an 1,3 Stellen im Geschäftskreis V - Referat Soziales, Jugend und Gesundheit

GRDRs 773/2011	Schaffung von 5,8 Stellen und Veränderung von Stellenvermerken an 2,0 Stellen im Geschäftskreis VI - Referat Städtebau und Umwelt
GRDRs 774/2011	m. Erg. Schaffung von 8,0 Stellen und Veränderung von Stellenvermerken an 15,0 Stellen im Geschäftskreis VII - Technisches Referat
GRDRs 775/2011	Schaffung von 224,0 Stellen im Zusammenhang mit der Ausübung der Option Jobcenter - geschäftskreisübergreifend
GRDRs 776/2011	Verlängerung von Stellenvermerken an 25,5 Stellen - geschäftskreisübergreifend
GRDRs 798/2011	Hebung von 33,75 Beamtenstellen
GRDRs 1376/2011	Ermächtigung zur Einstellung von Personal außerhalb des Stellenplans für das Projekt "Bürgerarbeit"

OB Dr. Schuster schlägt vor, die Beratung anhand der Querliste (Anlage 1 zur GRDRs 1409/2011) vorzunehmen und jeweils zu fragen, ob das, was bislang beschlossen wurde, so akzeptiert ist oder nicht akzeptiert ist.

BM Wölfle weist zunächst darauf hin, dass bei einer zumindest ähnlichen Beschlussfassung wie in den ersten Lesungen zusätzlich 550 Stellen beschlossen würden. Von diesen 550 Stellen entfielen 120 auf Kindertageseinrichtungen und 224 Stellen auf das Jobcenter in städtischer Trägerschaft. Dies ergebe eine Netto-Mehrbelastung des städtischen Haushalts, abzüglich der Streichungen, von 5,65 Mio. €, was seines Erachtens ein beachtliches Volumen darstelle.

Sodann ruft BM Wölfle die lfd. Nrn. anhand der Querliste auf; OB Dr. Schuster stellt jeweils die Abstimmungsergebnisse fest.

Geschäftskreisübergreifendes

Lfd. Nrn. 1 - 5

Einstimmige Beschlussfassung.

Geschäftskreis Oberbürgermeister

Lfd. Nr. 6

Einstimmiger Beschluss der Ablehnung entsprechend der Vorberatung.

Lfd. Nrn. 7 und 8

Einstimmige Beschlussfassung.

Lfd. Nr. 9

Mehrheitlicher Beschluss bei 1 Gegenstimme.

Lfd. Nrn. 10 und 11

Einstimmige Beschlussfassung.

Lfd. Nr. 12

In der Vorberatung abgelehnt.

Lfd. Nrn. 13 - 15

Einstimmige Beschlussfassung.

Lfd. Nr. 16

Mehrheitlicher Beschluss bei 6 Gegenstimmen.

Lfd. Nr. 17

Mehrheitlicher Beschluss bei 8 Gegenstimmen.

Lfd. Nr. 18

Einstimmige Beschlussfassung.

Geschäftskreis I Allgemeine Verwaltung und Krankenhäuser

Bürgermeisteramt

Lfd. Nrn. 19 und 20

Einstimmige Beschlussfassung.

Haupt- und Personalamt

Lfd. Nrn. 21 - 26

Einstimmige Beschlussfassung.

Lfd. Nr. 27

Mehrheitlicher Beschluss bei 6 Gegenstimmen.

Bezirksämter

Lfd. Nrn. 28 und 29

Einstimmige Beschlussfassung.

Lfd. Nr. 30

In der Vorberatung abgelehnt.

Geschäftskreis II Referat Wirtschaft und Beteiligungen

Stadtkämmerei

Lfd. Nrn. 31 und 32

Einstimmige Beschlussfassung.

Lfd. Nr. 33

Einstimmiger Beschluss vorbehaltlich der Beschlussfassung der Vergnügungs-steuer in der morgigen Sitzung des Gemeinderats.

Lfd. Nr. 34

Einstimmige Beschlussfassung.

Lfd. Nr. 35

Mehrheitlicher Beschluss bei 6 Gegenstimmen.

Lfd. Nr. 36

In der Vorberatung abgelehnt.

Lfd. Nrn. 37 - 39

BM Wölfle merkt an, es gehe um insgesamt 14,25 finanzwirksame Stellen, und erinnert an die Übereinkunft, diese Stellen in der Pauschale zu beschließen, damit Stellenbesetzungen für beschlossene Vorhaben erfolgen können. Für neue Vorhaben erfolge der heutige Beschluss vorbehaltlich des Sachbeschlusses.

Nach einer kurzen Aussprache, an der sich StR Kanzleiter (SPD) und StRin Küstler (SÖS und LINKE) beteiligen und BM Wölfle das Prozedere der Stellenbesetzungen nochmals erläutert, stellt OB Dr. Schuster fest:

Der Gemeinderat beschließt die lfd. Nrn. 37 - 39 bei 1 Gegenstimme mehrheitlich.

Amt für Liegenschaften und Wohnen

Lfd. Nrn. 40 - 42

Einstimmige Beschlussfassung.

Lfd. Nr. 43

In der Vorberatung abgelehnt.

Lfd. Nr. 44

Einstimmiger Beschluss.

Geschäftskreis III Referat Recht, Sicherheit und Ordnung

Lfd. Nr. 45

Einstimmiger Beschluss.

Statistisches Amt

Lfd. Nr. 46

In der Vorberatung abgelehnt.

Amt für öffentliche Ordnung

Lfd. Nrn. 47 - 58

Einstimmiger Beschluss.

Lfd. Nr. 59

In der Vorberatung abgelehnt.

Lfd. Nr. 60

Einstimmiger Beschluss.

Lfd. Nr. 61, 63, 64

Durch die Beschlussfassung der lfd. Nrn. 37 - 39 erledigt.

Lfd. Nr. 62

In der Vorberatung abgelehnt.

Lfd. Nrn. 65 - 67

In der Vorberatung abgelehnt.

Lfd. Nr. 68

Einstimmiger Beschluss.

Lfd. Nr. 69

Mehrheitlicher Beschluss der Ablehnung entsprechend der Vorberatung bei 1 Gegenstimme.

Lfd. Nr. 70

In der Vorberatung abgelehnt.

Branddirektion

Lfd. Nr. 71 -74

Einstimmiger Beschluss.

Lfd. Nr. 75

In der Vorberatung abgelehnt.

Lfd. Nr. 76

Zurückgezogen

Geschäftskreis IV Referat Kultur, Bildung und Sport

Lfd. Nr. 77

Mehrheitlicher Beschluss der Ablehnung entsprechend der Vorberatung bei 6 Gegenstimmen.

Schulverwaltungsamt

Lfd. Nrn. 78 und 79

Einstimmiger Beschluss.

Lfd. Nr. 80

In der Vorberatung abgelehnt.

Lfd. Nrn. 81 - 86

Einstimmiger Beschluss.

Lfd. Nr. 87

StRin Gröger (SPD) bittet angesichts der "doch ungewöhnlichen Situation", wie der nicht mehr vorhandene Zivildienst überbrückt wird - es könnten Menschen aus der

ganzen Welt nach Stuttgart kommen, um hier ein FSJ zu machen -, um die Zusicherung seitens der Verwaltung, dass im 1. Quartal 2012, bei Problemanzeigen aber früher, über die Situation berichtet wird. Die Pflege sei ein hochsensibler Bereich, der auch in die Intimsphäre der Menschen eingreift, wo mit Fachkenntnis gepflegt werden müsse. Eine Besserung habe man bei den Fahrdiensten für behinderte Kinder erreicht. Auch hier sollte eine engmaschige Überwachung stattfinden und laufend berichtet werden. BMin Dr. Eisenmann sagt das Gewünschte zu.

OB Dr. Schuster stellt fest:

Der Gemeinderat beschließt die Ablehnung entsprechend der Vorberatung mehrheitlich (15 Gegenstimmen).

Lfd. Nrn. 88 - 90

Einstimmiger Beschluss.

Lfd. Nr. 91

Mehrheitlicher Beschluss bei 6 Gegenstimmen.

Lfd. Nr. 92

In der Vorberatung abgelehnt.

Lfd. Nr. 93

Einstimmiger Beschluss.

Lfd. Nr. 94

In der Vorberatung abgelehnt.

Lfd. Nr. 95

Einstimmiger Beschluss.

Lfd. Nr. 96

In der Vorberatung abgelehnt.

Lfd. Nr. 97

Einstimmiger Beschluss.

Kulturamt

Lfd. Nrn. 98 - 102

Einstimmiger Beschluss.

Lfd. Nr. 103

In der Vorberatung abgelehnt.

Lfd. Nrn. 104 und 105

StR Kanzleiter (SPD) erklärt, der halben Stelle in EG 13 könne seine Fraktion nicht zustimmen, da bezüglich des Planetariums bis zum Frühjahr geklärt werden soll, auf welcher Basis man weiter planen wolle - entweder in Bad Cannstatt oder am heutigen Standort. Von daher sehe seine Fraktion für diese 0,5-Stelle derzeit keinen Bedarf. Bei Bedarf könnte eine Regelung im kleinen Stellenplanverfahren getroffen werden.

Seine Fraktion wolle stattdessen beantragen, dass die Stelle Planetarium Technischer Betriebsassistent mit einer 0,5-Stelle (lfd. Nr. 105) geschaffen wird, da diese Stelle für den Betrieb und die unmittelbare Arbeit vor Ort dringend erforderlich sei, so StR Kanzleiter. Diesem Vorschlag schließt sich StR Pätzold (90/GRÜNE) namens seiner Fraktion an.

OB Dr. Schuster hält den Wunsch fest, die Stelle der lfd. Nr. 104 nicht zu beschließen, dafür die 0,5-Stelle der lfd. Nr. 105 zu schaffen. Dies stellt er zur Abstimmung und stellt fest:

Der Gemeinderat beschließt dies mit klarer Mehrheit.

Lfd. Nrn. 106 - 110

Einstimmiger Beschluss.

Lfd. Nrn. 111 und 112

In der Vorberatung abgelehnt.

Amt für Sport und Bewegung

Lfd. Nrn. 113 - 115

Einstimmiger Beschluss.

Lfd. Nr. 116

Mehrheitlicher Beschluss bei 6 Gegenstimmen.

Geschäftsbereich V Referat Soziales, Jugend und Gesundheit

Sozialamt

Lfd. Nr. 117

BM Wölfle macht auf einen Schreibfehler in der Liste aufmerksam: Es wurde eine Stelle nicht in S 12, sondern in A 9 beschlossen.

OB Dr. Schuster stellt die einmütige Beschlussfassung des Gemeinderats hierzu fest.

Lfd. Nrn. 118 - 123

Einstimmiger Beschluss.

Lfd. Nr. 124

In der Vorberatung abgelehnt.

Lfd. Nr. 125

Der Gemeinderat beschließt die Ablehnung entsprechend der Vorberatung mehrheitlich (10 Gegenstimmen).

Jugendamt ohne Kitas

Lfd. Nrn. 126 - 127 _

Einstimmiger Beschluss.

Lfd. Nr. 128

Mehrheitlicher Beschluss bei 1 Gegenstimme.

Lfd. Nrn. 129 - 134

Einstimmiger Beschluss.

Lfd. Nr. 135

Mehrheitlicher Beschluss bei 6 Gegenstimmen.

Lfd. Nr. 136

Einstimmiger Beschluss.

Lfd. Nr. 137

In der Vorberatung abgelehnt.

Lfd. Nr. 138

Mehrheitlicher Beschluss der Ablehnung entsprechend der Vorberatung (5

Gegenstimmen).

Lfd. Nr. 139

Einstimmiger Beschluss.

Lfd. Nr. 140

Der Gemeinderat beschließt die Ablehnung entsprechend der Vorberatung mehrheitlich (5 Gegenstimmen).

Lfd. Nr. 141

Einstimmiger Beschluss.

Lfd. Nrn. 142 - 144

Der Gemeinderat beschließt die Ablehnung entsprechend der Vorberatung mehrheitlich (5 Gegenstimmen).

Jugendamt - Kindertagesstätten

Lfd. Nrn. 145 - 147

Einstimmiger Beschluss.

Lfd. Nr. 148

In der Vorberatung abgelehnt.

Lfd. Nr. 149

Der Gemeinderat beschließt die Ablehnung entsprechend der Vorberatung mehrheitlich (1 Gegenstimme).

Gesundheitsamt

StR Kanzleiter merkt generell zum Gesundheitsamt an, dass man seit längerer Zeit feststelle, dass sich das Gesundheitsamt in einer äußerst angespannten personellen Situation befindet. Aus einer Vorlage zum Gesamtbedarf des Gesundheitsamts gehe hervor, dass aus heutiger Sicht bei strenger Betrachtung der Aufgabenstellung des Gesundheitsamts eigentlich ein zusätzlicher Bedarf von ungefähr 20 Stellen besteht. Dass diese Stellen angesichts der Gesamtumstände des Haushalts nicht alle realisiert werden können, sei unbestreitbar. Seine Fraktion wolle aber zum Ausdruck bringen, dass sie es für dringend notwendig halte, in der Zukunft im Gesundheitsamt ein besonderes Augenmerk darauf zu legen, dass es in der Lage ist, seinen gesetzlichen Aufgaben und insbesondere auch seinen freiwilligen kommunalpolitisch bedingten Aufgaben nachzukommen.

Es müsse beispielsweise aufgrund der UN-Konvention zur Eingliederung behinderter Menschen die Inklusion umgesetzt werden, so StR Kanzleiter. Beim Sozialamt und beim Jugendamt habe man dafür jeweils eine Stelle geschaffen; aus seiner Sicht und im Gesamtzusammenhang mit dem Gesundheitsamt halte er es nicht für logisch, wenn man bei der Entscheidung aus der 2. Lesung bleibe, diese Stelle nicht zu schaffen. Seine Fraktion wolle deshalb noch einen Stellenplanantrag einbringen, eine 0,5-Arztstelle und eine 0,65-Sozialpädagogenstelle, also insgesamt 1,15 Stellen, beim Gesundheitsamt zu schaffen. Er bittet die Gemeinderatsmitglieder um Zustimmung zu diesem Antrag.

StR Hill (CDU) zeigt sich etwas überrascht über den SPD-Antrag, da in den Lesungen ein Auftrag erteilt worden sei, dass die Verwaltung bis zur Sommerpause eine Gesamtbewertung der Frage Inklusion mit dem notwendigen Stellenbedarf und den notwendigen Maßnahmen aller drei Ämter vorlegt. Er plädiert dafür, dass bis Mitte des Jahres 2012 diese Auswertung vorgelegt wird und der Gemeinderat auf dieser Basis die tatsächlich notwendigen Stellen beschließt, die für die Inklusion notwendig sind.

StRin Gröger (SPD) hebt hervor, dass Stuttgart seit einem Jahr Modellregion für den Schulversuch Inklusion ist. Gleichzeitig verweist sie auf die Bedeutung der anteiligen Arztstelle, die zur Erfüllung der Aufgabe notwendig sei.

StR Pätzold (90/GRÜNE) beantragt, die lfd. Nr. 153 Pandemieplanung zu streichen und diese 1,0 Stelle auf den Antrag der SPD-Fraktion zu verteilen.

StRin Küstler (SÖS und LINKE) erinnert daran, dass ihre Fraktionsgemeinschaft mit dem Antrag Nr. 858/2011 genau die 1,15 Stellen beantragt hat; dieser Antrag ist in der lfd. Nr. 163 enthalten. Die Verschiebung der Pandemiestelle in eine Prüfung werde mitgetragen.

Um dem Anliegen Rechnung zu tragen, schlägt BM Wölfle vor, eine 0,5-Stelle in A 14 und eine 0,5-Stelle in S 15 zu beschließen, vorbehaltlich des zu treffenden Sachbeschlusses.

StR Dr. Schlierer (REP) plädiert dafür, die eine Stelle im Bereich der Pandemieplanung beizubehalten, da auch in Zukunft mit Pandemien gerechnet werden muss.

Zum Thema Pandemieplanung erläutert BMin Fezer, dass es hierbei insgesamt um die Beschäftigung mit Seuchen bzw. größeren Krankheitsaufkommen geht. Hierzu gehöre beispielsweise das Krebsregister, das eine sehr wichtige gesetzliche Aufgabe sei, die erfüllt werden muss; hierfür werde mindestens eine halbe Stelle benötigt. Die andere halbe Stelle könnte für eine ärztliche Stelle bei der Inklusion verwendet werden.

StRin Küstler verweist auf den Vorschlag, die Flächen der Laufhäuser zu besteuern. Ihre Fraktionsgemeinschaft habe nicht erfahren können, was dies als Deckungsvorschlag bedeute. Sie mache darauf aufmerksam, dass sie dies eingebracht habe, "und bei anderen sei auch angerechnet worden, was sie

eingebraucht haben". Sie wolle hier eine Gleichbehandlung. Ihre Fraktion würde ggf. auf "Kultur für alle" verzichten; die 1,15 Stellen für Inklusion seien aber dringend nötig.

Auf die Frage von OB Dr. Schuster, ob dem Vorschlag von BMin Fezer gefolgt werden soll, die 0,5-Stelle für die Pandemieplanung (Krebsregister usw.) und die 0,5-Stelle für die Inklusion zu beschließen, weist BM Wölfle darauf hin, dass dies in der Umsetzung eine 0,5-Stelle in A 14 und eine 0,5-Stelle in S 15 mit kw-Vermerk 2016 bedeute.

OB Dr. Schuster hält fest, dass dies so beschlossen wird.

Lfd. Nr. 150 - 152

Einstimmiger Beschluss.

Lfd. Nr. 153

Siehe Beschlussfassung unter "Gesundheitsamt".

Lfd. Nrn. 154 - 156

Einstimmiger Beschluss.

Lfd. Nr. 157

Der Gemeinderat beschließt die Ablehnung entsprechend der Vorberatung mehrheitlich (9 Gegenstimmen).

Lfd. Nrn. 158 - 160

Einstimmiger Beschluss.

Lfd. Nr. 161

Es werden keine Einwendungen erhoben.

Lfd. Nr. 162

StRin Gröger (SPD) begründet ihre Haltung, warum sie der Ablehnung der Stelle für die Pforte des Gesundheitsamts nicht zustimmen wird. Anschließend stellt OB Dr. Schuster fest:

Der Gemeinderat beschließt die Ablehnung entsprechend der Vorberatung mehrheitlich (10 Gegenstimmen).

Lfd. Nr. 163

Siehe Beschlussfassung unter "Gesundheitsamt".

Lfd. Nr. 164

In der Vorberatung abgelehnt.

Lfd. Nr. 165

Einstimmiger Beschluss.

Lfd. Nr. 166

BM Wölfle verweist auf die in der Vorberatung erfolgte Ablehnung. Auf die Frage von StRin Gröger (SPD), mit welchen Ressourcen das Gesundheitsamt den Alterssurvey begleitet, verweist BMin Fezer darauf, dass eine Stelle hierfür beantragt wurde. Genaueres könne sie heute noch nicht sagen.

OB Dr. Schuster stellt fest:

Der Gemeinderat beschließt die Ablehnung entsprechend der Vorberatung mehrheitlich (11 Gegenstimmen).

Geschäftskreis VI Referat Städtebau und Umwelt

Amt für Umweltschutz

Lfd. Nrn. 167 - 169

Einstimmiger Beschluss. _

Lfd. Nr. 170

In der Vorberatung abgelehnt.

Lfd. Nrn. 171 - 173

Einstimmiger Beschluss.

Lfd. Nrn. 174 und 175

Der Gemeinderat beschließt die Ablehnung entsprechend der Vorberatung mehrheitlich (5 Gegenstimmen).

Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung

Lfd. Nrn. 176 - 180

Einstimmiger Beschluss.

Lfd. Nr. 181

StR Kanzleiter (SPD) bittet unter Hinweis darauf, dass nach Kenntnis seiner

Fraktion das Sanierungsgebiet Rot bis 2013 verlängert werden soll, um die Zusage seitens der Verwaltung, dass die entsprechende Verlängerung des kw-Vermerks erfolgt, falls der Gemeinderat diese Verlängerung beschließt. Dies wird vorgemerkt, sagt BM Wölfle zu.

Es werden keine Einwendungen erhoben.

Lfd. Nrn. 182 und 183

Einstimmiger Beschluss.

Lfd. Nr. 184

In der Vorberatung abgelehnt.

Lfd. Nr. 185

OB Dr. Schuster hält fest, dass die Stellenschaffung finanzneutral ist.

Es werden keine Einwendungen erhoben.

Baurechtsamt

Lfd. Nrn. 186 und 187

Einstimmiger Beschluss.

Lfd. Nr. 188

In der Vorberatung abgelehnt.

Lfd. Nr. 189

StR Stocker (SÖS und LINKE) erklärt, seine Fraktionsgemeinschaft halte die Stellen für die Überwachungen im Außenbereich für absolut erforderlich, insbesondere auch für die Kontrolle hinsichtlich der Schwarzbauten. Seine Fraktionsgemeinschaft werde daher gegen die Ablehnung stimmen.

OB Dr. Schuster stellt fest:

Der Gemeinderat beschließt die Ablehnung entsprechend der Vorberatung mehrheitlich (4 Gegenstimmen).

Geschäftskreis Technisches Referat

Stadtmessungsamt

Lfd. Nr. 190

Der Gemeinderat beschließt die Ablehnung entsprechend der Vorberatung mehrheitlich (6 Gegenstimmen).

Hochbauamt

Lfd. Nrn. 191 - 196

Einstimmiger Beschluss.

Lfd. Nrn. 197 und 198

In der Vorberatung abgelehnt.

Tiefbauamt

Lfd. Nr. 199 _

Einstimmiger Beschluss.

Lfd. Nr. 200

Der Gemeinderat beschließt die Stellenschaffung mehrheitlich (5 Gegenstimmen).

Lfd. Nr. 201

Einstimmiger Beschluss.

Lfd. Nr. 202

Mehrheitlicher Beschluss bei 5 Gegenstimmen.

Lfd. Nr. 203

Einstimmiger Beschluss.

Lfd. Nrn. 204 und 205

Einstimmiger Beschluss.

Lfd. Nrn. 206 und 207

In der Vorberatung abgelehnt.

Lfd. Nrn. 208 und 209

Einstimmiger Beschluss.

Garten-, Friedhofs- und Forstamt

Lfd. Nrn. 210 - 212

Einstimmiger Beschluss.

Die **Anlage 2** zur GRDRs 1409/2011 (Übersicht über sonstige stellenplanrelevante Entscheidungen) beschließt der Gemeinderat, ohne dass Anmerkungen gemacht werden, einstimmig.

Den Beschlussanträgen der GRDRsn 766/2011, 767/2011, 769/2011, 770/2011 m. Erg., 771/2011 m. Erg., 772/2011 m. Erg., 773/2011, 774/2011 m. Erg., 775/2011, 776/2011, 798/2011 und 1376/2011 wurde damit unter der Maßgabe vorgenannter Beschlüsse bzw. entsprechend der Vorberatung im Verwaltungsausschuss am 07.12.2011 entsprochen

zum Seitenanfang